

## Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (8. Juli 1981)

**Legende:** Am 8. Juli 1981 plädiert Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), für eine Revision und eine Reform der Strukturen der Europäischen Gemeinschaften, um ihre Funktionsweise zu verbessern.

**Quelle:** Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 08.07.1981. [s.l.]. p. 113-114.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_willy\\_brandt\\_vor\\_dem\\_europaischen\\_parlament\\_8\\_juli\\_1981-de-2aa1e04e-c2da-4f3d-b95d-5b4ad9aec254.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_europaischen_parlament_8_juli_1981-de-2aa1e04e-c2da-4f3d-b95d-5b4ad9aec254.html)

**Publication date:** 04/07/2013

## Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (8. Juli 1981)

**Der Präsident.** – Das Wort hat die Sozialistische Fraktion

**Brandt.** - (EN) Herr Präsident, ich möchte meine Ausführungen mit einem Wort der Anerkennung für die soeben gehaltene Rede des Präsidenten der Kommission beginnen. Gestern fand ich es interessant, daß einer unserer luxemburgischen Kollegen Englisch sprach und Herr Pezmazoglou aus Griechenland sich der französischen Sprache bediente. Meine Kollegen möchte ich daraufhin fragen, weshalb die meisten von uns, sobald sie den Plenarsitzungssaal oder die Ausschusssitzungsräume betreten, einen Akt der Renationalisierung ausüben. Weshalb erwarten diejenigen meiner Kollegen, mit denen ich normalerweise in einer Fremdsprache spreche, daß ich meine Bemerkungen auf jeden Fall in Deutsch vorbringe? Warum hinken wir in dieser Beziehung hinter den Vereinten Nationen her? Wie schwerfällig soll denn der Dolmetscherapparat für unsere Sitzungen noch werden — dies gilt umso mehr für Auslandsreisen? Ich denke da eben an den Tag, an dem wir von sieben auf neun oder mehr Sprachen übergehen.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich unterstütze leidenschaftlich ein Europa, das sich nicht zu einem Durcheinander von Kulturen und Sprachen entwickelt. Unser Europa sollte in seiner Verschiedenheit blühen, sonst wird es sich selbst untreu. Selbstverständlich erkenne ich die Notwendigkeit an, alle Gemeinschaftsdokumente in die Sprache der Mitgliedstaaten zu übersetzen. Womit ich jedoch nicht einverstanden bin, ist die Tatsache, daß sich dies auch auf alle Reden erstrecken soll oder daß wir es als eine Art künstliche Pflicht ansehen, in unserer Muttersprache zu sprechen. Ich jedenfalls behalte mir das Recht vor, die Sprache, die ich bei künftigen Anlässen benutze, selbst zu wählen.

Ich fordere meine Kollegen auf, bei künftigen Anlässen so viel wie möglich, ohne Rücksicht darauf, wie es aufgefaßt wird, miteinander in Verbindung zu treten, so sehr wir auch unsere Muttersprache lieben mögen. Jeder, der normalerweise mit mir Deutsch spricht, soll dies ungezwungen tun, selbst wenn er z. B. zu dem, was ich heute Vormittag hier sage, Bemerkungen vorbringen möchte. Ich bitte den Präsidenten, auf die Sprachenfrage, auf die ich eben kurz verwies, ein kritisches Auge zu werfen.

Herr Präsident, der Bericht, den unser Kollege, Herr Hänsch; erläuterte, verdient unsere volle Anerkennung. Dasselbe gilt für den von Herrn Van Miert verfaßten Anhang zu dem Bericht. Meine Fraktion wird diese Berichte annehmen.

Vor zwei Jahren bestimmten mehr als 100 Mio. Männer und Frauen durch ihre Wahl die Zusammensetzung dieses Parlaments. Viele hofften, daß diese Direktwahlen zu einer weiteren demokratischen Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft führen würden. Heute wissen wir, daß dieses Parlament trotz des frischen Windes keinen großen Einfluß auf die Krise in der Gemeinschaft ausüben konnte. Sie muß sich selbst bewältigen.

Das Europäische Parlament war und bleibt zu schwach, um dies zu erreichen. Lassen Sie mich etwas wiederholen, was einige meiner Kollegen vor kurzem etwas beleidigte. Offensichtlich wünschte man nicht, uns sehr viel anzuvertrauen. Zunächst waren schließlich die Direktwahlen das Ergebnis eines Kompromisses. Darüber hinaus besteht immer noch die Gefahr, daß das Europäische Parlament nicht genügend Glaubwürdigkeit erreichen kann. Das Parlament kann jedoch nicht einfach sein Geschäft aufmachen und dann wieder schließen. Es ist weder ein Lebensmittelladen noch ein Reisebüro, das Pauschalreisen anbietet!

Aufgrund dieser Überlegungen kam ich zu der folgenden Schlußfolgerung. Jeder, der die Europäische Gemeinschaft ernst nimmt, muß sich sicherlich wünschen, seine Strukturen neu überholt und reformiert zu sehen. Er muß sich auch darüber im Klaren sein, daß die Hauptaufgabe und die schwierigen Entscheidungen in der Gemeinschaft nicht länger hinausgeschoben werden können, wie dies im Augenblick der Fall ist. Darüber hinaus muß er sehen, daß das Europäische Parlament nicht die Lücken füllen kann, die in dem parlamentarischen Prozeß jedes oder der meisten unserer Mitgliedsländer entstanden sind und noch entstehen. Es ist sicherlich keine Übertreibung meinerseits, wenn ich feststelle, daß die Europäische Gemeinschaft einfach nicht gut funktioniert.

Herr Präsident, was wir überdenken und reformieren müssen, ist die Funktion der Europäischen Institutionen, nicht zuletzt einschließlich des Zusammenspiels von Rat, Kommission und Parlament. Wie im Hänsch-Bericht sehr richtig bemerkt, hat der Rat in der Zwischenzeit eine Vorherrschaft erreicht, die in den Verträgen nicht vorgesehen war.

*(Beifall)*

Ähnlich — und hier teile ich voll und ganz die vom Präsidenten der Kommission vertretene Ansicht — ist das Bestehen auf Einstimmigkeit bei Abstimmungen als universelle Regel und damit auch als blockierender Mechanismus eine sehr schlechte Einrichtung. Umgekehrt ist es wichtig festzustellen, daß der Partner des Europäischen Parlaments der Rat ist. Der Vertrag spricht vom Rat und nicht von einer Anzahl verschiedener Räte.

Andererseits bin ich auch der Auffassung, daß Veranlassung besteht, die Tatsache zu begrüßen, daß die Staats- und Regierungschefs auf ihrer Sitzung in Luxemburg vor kurzem einen Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers annahmen, der darauf hinauslief, daß der amtierende Vorsitzende, wenn ich ihn so nennen darf, des Rates dieser Versammlung jeweils zu Beginn bzw. gegen Beginn jeder Amtszeit einen Besuch abstattet.

Die Verträge sehen eine starke Kommission vor und — Herr Kommissionspräsident, lassen Sie mich auch dies sagen — sie soll etwas mehr sein als nur eine Mischung einer Spitzenverwaltung und eines Prüfungshauses für Forschungsberichte und Sachverständigenberichte. Als das Parlament vor mehr als einem Jahr erklärte, daß es eigentlich ein Mitspracherecht bei der Ernennung der Kommission haben sollte, so tat es dies in dem Glauben, daß die Kommission ein starker Partner der Regierungen und nicht eine Behörde sein sollte, die den Anweisungen der Regierungen unterworfen ist.

*(Beifall)*

In den uns vorgelegten Berichten wurden einige bescheidene Vorschläge zum Ausdruck gebracht, die Möglichkeiten des Parlaments zur Ausübung seines Einflusses zu stärken. Deshalb unterstütze ich sie. Auf jeden Fall halten sie sich innerhalb des in den bestehenden Verträgen vorgesehenen Rahmens. Was wir, abgesehen von einer Modernisierung der parlamentarischen Kontrolle brauchen, ist — ich wiederhole: innerhalb des Rahmens der Verträge — eine Erweiterung seiner Zuständigkeiten, seiner Rechte, sich an der Einführung der Gesetzgebung zu beteiligen, sowie seiner Haushaltsrechte. Mehr Rechte und ein geschärfter Sinn für Prioritäten bilden die Grundvoraussetzungen zur Gewährleistung, daß das Europäische Parlament seine Aufgabe wirksam erfüllen kann. Und darüber muß, zumindest bei einer Gemeinschaft, die noch erweitert werden soll, immer wenigstens mit einem Auge gewacht werden.

Meine Damen und Herren, als die Regierungschefs vor fünf Jahren ankündigten, daß sie sich zu Direktwahlen bereit erklärten, vertrat ich die Ansicht, daß sich ein direkt gewähltes Parlament strukturell zukunftsorientierter Aufgaben annehmen sollte: Die Entwicklung verlief aber in eine andere Richtung. Vor diesem Hintergrund begrüße ich, daß uns die Initiative von Herrn Spinelli und seinen Kollegen nochmals Gelegenheit gibt, darüber nachzudenken, wie die Rollen der Gemeinschaft festzulegen sind und welches die künftige Rolle seines institutionellen Instrumentariums sein soll. Die Zukunft der Gemeinschaft ist etwas, das dieses Parlament nicht den Diplomaten oder den Regierungen allein überlassen kann...

*(Beifall)*

mit all ihren Lasten und Sorgen und Schwierigkeiten, die die meisten von uns sehr gut kennen. Das Parlament muß sich daran beteiligen und es muß dies mit allen entsprechenden politischen Kräften tun, nicht nur in diesem Hause, sondern zusammen mit all denen, in unseren Ländern, die einen Beitrag zu dem Zusammenwachsen der Gemeinschaft leisten wollen. Es geht hier nicht, meine lieben Kollegen, um die Zukunft der Bürokratie, sondern um die Zukunft der Bevölkerung Europas.

Bei den nächsten Wahlen 1984 wird das Europäische Parlament das in diese Einrichtung gesetzte Vertrauen

nur rechtfertigen und weiteres Vertrauen gewinnen können, wenn es bei der Lösung der großen Probleme seinen Wert bewiesen hat. Ich erwähne nur die Landwirtschaft, die Energie und die Beschäftigung und eine Entwicklung in Richtung auf einen wirtschaftlichen Wettbewerb und eine soziale Einheit und ich erwähne weiter die Harmonisierung der gemeinschaftlichen Gesetzgebung und die Förderung solcher Schritte, die dazu führen, daß sich die einzelnen Bürger mehr mit Europa identifizieren. Dies sollte nach einem neuen Grundsatz der Integration geschehen, wobei die zentralistische Bürokratie gebrochen und die vereinbarten Vorschriften so weit wie möglich nach dezentralisierten Linien erfüllt werden. Mit anderen Worten, ein Grundsatz, der gekennzeichnet ist durch die Teilnahme der Bürger.

Meine Damen und Herren, nur, wenn die Gemeinschaft das derzeitige Niveau der Einheit stärkt und erweitert, wird sie imstande sein, den entsprechenden Einfluß auszuüben und insbesondere den Gefahren aus den mächtigen Lagern der Massenerstörung und des großen Hungers in der Welt zu begegnen. Wir müssen ebenfalls die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit fortsetzen, und dies sollte mehr als bisher mit der Arbeit des Europäischen Parlaments verbunden werden.

In diesem Zusammenhang — und lassen Sie mich damit schließen, sollte, soweit ich es überblicken kann, sicherlich die Frage der Eigenverantwortung Europas im Bereich der Sicherheit erwähnt werden. Selbstverständlich ist dies nicht eine Angelegenheit der Gemeinschaft, wie die Verträge klarstellen, aber es ist etwas, was uns beschäftigt. Dies sollte natürlich nicht dahin gehend mißverstanden werden, daß es sich gegen die Amerikaner richtet. Es spiegelt nur unsere wachsende Verantwortung für unsere eigenen Angelegenheiten wieder. Da die Gefahren für Europa wachsen, bedeutet dies, daß auch die Eigenverantwortung der Europäer wächst. Darüber hinaus weist die Weltlage auf die Notwendigkeit hin, die europäischen Interessen so klar wie möglich festzulegen und sie, soweit möglich, sowohl innerhalb unseres Bündnisses als auch außerhalb gemeinsam zu vertreten.

*(Beifall)*